



Matthäus Strebl, MdB:

Unverantwortliche Panikmache im Taxigewerbe

Berlin. Panikmache und unsoziales Verhalten hat Matthäus Strebl, MdB, Bundesvorsitzender des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands, Teilen des Deutschen Taxi- und Mietwagenverbandes BZB vorgeworfen. Er bezog sich damit auf erste Kündigungen von Taxifahrern, die mit Einführung des Mindestlohns begründet wurden. Nachdem vor wenigen Tagen Verhandlungen über einen ersten bundesweiten Tarifvertrag für die Taxibranche gescheitert waren, wird nun zum 1. Januar 2015 der Mindestlohn von 8,50 Euro/Stunde realisiert. Für viele Taxifahrer bedeutet das ein Einkommensplus von zwei bis drei Euro pro Stunde.

Strebl bezeichnete es als unverantwortlich, wenn schon jetzt davon gesprochen wird, dass bundesweit rund 50.000 von 200.000 Arbeitsplätzen gefährdet sind oder dass - wie in Hannover – Unternehmer vorsorglich sämtlichen angestellten Taxifahrern kündigen.

Der Dingolfinger CSU-Bundestagsabgeordnete zeigte sich zuversichtlich, dass Fahrgäste eine moderate Erhöhung der Preise akzeptieren, wenn sie sicher wissen, dass dieses Geld den Taxifahrern zugute kommt.

Berlin, 02.10.2014

Matthäus Strebl, MdB
www.m-strebl-mdb.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74908

Email : matthaeus.strebl@bundestag.de

